

NIEDERSCHRIFT
ÜBER DIE 47. SITZUNG DES KREISAUSSCHUSSES
IN DER 9. WAHLPERIODE AM 15. APRIL 2013 IN BAD EMS

Es sind anwesend:

Vorsitzender:

Herr Landrat Günter Kern

Kreisbeigeordnete:

Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram..... Nievern

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Klöckner Winden

Mitglieder des Kreisausschusses bzw. deren *Vertreter*:

Frau Monika Becker Winden

Herr Werner Groß..... Lahnstein

Herr Bernd Hartmann Gemmerich

Herr Matthias Lammert, MdL..... Diez

Frau Gabriele Laschet-Einig..... Lahnstein

Herr Ulrich Lenz..... Katzenelnbogen

Herr Leo Neydek Kemmenau

Herr Josef Oster Bad Ems

Herr Frank Puchtler, MdL Oberneisen

Herr Udo Rau Nassau

Herr Michael Schnatz Diez

Herr Heinz Scholl..... Braubach

Frau Rita Wolf Braubach

Es fehlen entschuldigt:

Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim Obernhof

Herr Raimund Friesenhahn Dahlheim

Von der Verwaltung:

Herr stellvertr. Büroleiter Friedhelm Rücker

Herr Abteilungsleiter Bernd Menche

Herr Abteilungsleiter Dieter Petri (*ab TOP 1.3.*)

Herr Referatsleiter Horst Klöckner (*nur öffentlicher Teil*)

Herr Uwe Gilberg-Rindsfüßer (*nur öffentlicher Teil*)

Frau Bianca Baldewein (*nur öffentlicher Teil*)

Schriftführer:

Herr Manuel Minor

Gäste:

Herr Edi Wolf, Mitglied des Kreistages

Herr Michael Stoll, Rhein-Lahn-Zeitung (*nur öffentlicher Teil*)

Der **Vorsitzende** eröffnet um 08.37 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreisausschusses. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest. Hinsichtlich der mit Schreiben vom 05.04.2013 vorgelegten Tagesordnung werden *keine* Einwendungen bzw. Änderungswünsche vorgetragen, so dass diese wie folgt beschlossen wird:

I. Öffentliche Sitzung:

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Finanzangelegenheiten;
Beratung und Beschlussfassung über die Einwerbung und Annahme von Spenden, etc. gemäß § 58 Abs. 3 LKO
3. Bahnlärm im Mittelrheintal; Erschütterungsmessungen
4. Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder;
 - a) Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 27.03.2013 zur medizinischen Bedarfsplanung im Rhein-Lahn-Kreis
 - b) Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 05.04.2013 zur Verlagerung der Zuständigkeit des Rhein-Lahn-Kreises für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten
5. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

II. Nichtöffentliche Sitzung:

1. Personalangelegenheiten
2. Auftragsvergaben
3. Vertragsangelegenheiten
4. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

I. Öffentliche Sitzung:

Punkt 1:

Genehmigung der Niederschrift

Gegen die allen Mitgliedern des Kreisausschusses vorgelegte Niederschrift über die 46. Sitzung des Kreisausschusses am 11. März 2013 werden *keine* Einwendungen erhoben, so dass die Niederschrift einstimmig genehmigt wird.

Punkt 2:

Finanzangelegenheiten;

Beratung und Beschlussfassung über die Einwerbung und Annahme von Spenden, etc. gemäß § 58 Abs. 3 LKO

Der **Vorsitzende** erläutert die Sitzungsvorlage.

Ohne Aussprache beschließt der Kreisausschuss einstimmig die Annahme der nach § 58 Abs. 3 Landkreisordnung (LKO) anzeigepflichtigen Spendenbeträge in Höhe von 3.676,86 € gemäß der zur Sitzungsvorlage vom 02.04.2013 beigefügten Aufstellung.

Punkt 3:

Bahnlärm im Mittelrheintal; Erschütterungsmessungen

Der **Vorsitzende** erläutert die Sitzungsvorlage und das beigefügte gemeinsame Schreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz und des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz. Dabei geht er auch auf die bisherigen Beratungen zu dieser Thematik im Kreistag und Kreisausschuss ein.

Herr Scholl zeigt sich „erschüttert“ über das vorgelegte Antwortschreiben der Ministerien. Es müsse sicher festgestellt werden, dass die hohen Erschütterungsbelastungen nicht in Verbindung mit Hangrutschen stünden, sie auslösen oder begünstigen. Des Weiteren müsse eindeutig festgestellt werden, dass die Erschütterungsbelastungen für die im Mittelrheintal lebenden oder durchreisenden Menschen und deren Hab und Gut keine Gefahr darstellen.

Zu erinnern sei auch an die großen Mengen an Gefahrgütern, die am Rhein transportiert werden – das Eisenbahn-Bundesamt gebe 17 % Gefahrgut an. Dass Unfälle mit Gefahrgut zu einer Katastrophe führen, müsse durch eine Verträglichkeitsstudie eindeutig ausgeschlossen werden. Das Ergebnis einer solchen Verträglichkeitsstudie könne dann einen wichtigen Beitrag zur Aufnahme einer Ausweichstrecke in den Bundesverkehrswegeplan leisten, wenn sie potenzielle Mehrgefahren für das Mittelrheintal in Aussicht stelle.

Des Weiteren weist er darauf hin, dass im 10-Punkte-Programm „Leiser Rhein“ der Landesregierung unter Nr. 9 festgehalten sei, dass das Lärmsanierungsprogramm an Bestandsstrecken um den Erschütterungsschutz erweitert werden müsse. In Nr. 1, Satz 3 des Programms sei zudem festgeschrieben, dass begleitend ein Lärm-Monitoring mit Dauermessstationen einzurichten sei. Daraufhin seien in Oberwesel und Rüdesheim Lärmmessstellen aufgestellt worden. Nun wären, insbesondere unter Berücksichtigung der Anträge der FWG-Kreistagsfraktion auf Durchführung von Erschütterungsmessungen, solche festen Messstellen auch für die Messung von Erschütterungen an mehreren Stellen des Mittelrheintals zu fordern. Zur Schaffung eines Frühwarnsystems sei es notwendig, ein dichtes Netz von Dauermessstationen in Hängen und Ortslagen einzurichten. An der Auswahl der Stationen sollten die Fraktionen im Kreistag vorab beteiligt werden.

Daher rege er an, einen Antrag zusammen mit allen Kreistagsfraktionen einzubringen und zu fordern, dass Auskunft darüber gegeben wird,

- welche Maßnahmen insgesamt zur Reduzierung von Erschütterungen und zur Lärmmin-
derung am Mittelrhein bereits zur Durchführung angemeldet seien,
- wie der Sachstand jeweils sei,
- welche Maßnahmen darüber hinaus noch einzuleiten wären,
- wer bzw. welche Organisationseinheit konkret damit zu beauftragen wäre und
- welches Zeitziel vorzugeben sei.

Darüber hinaus sollte seines Erachtens ebenfalls gefordert werden, dass analog den Lärm-
messstationen auch Erschütterungsmessstationen aufzustellen sind. An der Auswahl der
Messstellen sollten die im Kreistag vertretenen Fraktionen ebenfalls vorab beteiligt werden.
Als *Zwischenfazit* könne gezogen werden, dass bereits seit längerer Zeit viele verschiedene
Maßnahmen eingeleitet, angesprochen oder diskutiert worden seien – so zuletzt auch die im
Kreistag am 18.03.2013 verabschiedete Resolution. Dabei wäre es seines Erachtens aber jetzt
an der Zeit zu prüfen, was aus diesen zurückliegend eingeleiteten Maßnahmen tatsächlich
geworden sei. Dazu gehöre beispielsweise die Klärung folgender Fragen:

- Was ist aus der einstimmig im Landtag aufgestellten Forderung an die Landesregierung
geworden (Drucksache 16/1082), alle notwendigen Schritte einzuleiten, die den Men-
schen im Mittelrheintal kurz-, mittel- und langfristig Entlastungen bringen? Welche Maß-
nahmen wurden eingeleitet, wie ist der Sachstand?
- Beschlossen wurde in dieser Forderung an die Landesregierung auch, die schnellstmög-
liche Reduzierung der Geschwindigkeit vor allem in den Nachtstunden durchzusetzen, da
dies nach Auffassung der vom Umweltministerium beauftragten Fachleute eine spürbare
Entlastung bringe. Was ist geschehen, wann werde dies umgesetzt?
- Der Landtag habe am 16.2.2012 beschlossen, dass die ernsthafte Prüfung einer Alterna-
tivtrasse zügig angegangen werden müsse. Wie ist hier der Sachstand?
- Wie ist der Sachstand bei der Umrüstung von Güterwagenbremssystemen?
- Im 10-Punkte-Programm „Leises Rheintal“ der Landesregierungen von Hessen und
Rheinland-Pfalz sei festgeschrieben: „Das im nationalen Verkehrslärmschutzpaket II for-
mulierte Ziel, den Schienenlärm zu halbieren, d. h. gegenüber heute um 10 dB zu sen-
ken, ist durch einen konkreten Zeit- und Stufenplan umzusetzen“. Was ist diesbezüglich
geschehen, wie ist hier der Sachstand?
- Unter Beteiligung der Länder Rheinland-Pfalz und Hessen sollte zur dauerhaften Be-
grenzung der Lärmbelastung in einem Modellprojekt ein praxisgerechtes Verfahren für
die von der EU-Kommission empfohlene Lärmkontingentierung entwickelt werden. Was
ist diesbezüglich bisher geschehen?
- Das Lärmsanierungsprogramm an Bestandsstrecken müsse um den Erschütterungs-
schutz erweitert werden.
- Wie wird die in der Kreistagsresolution vom 18.03.2013 beschriebene Mogelpackung
„Mittelungswerte“ zum Wohl der Menschen abgeschafft, welche konkreten Schritte sind
hier einzuleiten?

Im Anschluss findet eine allgemeine Aussprache statt.

Herr Puchtler weist auf die Unzufriedenheit der Bürger hin, da Vieles angekündigt werde,
konkrete Ergebnisse seien aber nicht immer hör- und spürbar zu erkennen. Er zeigt sich mit

dem vorgeschlagenen Vorgehen, nämlich der Einforderung von Antworten auf die gestellten Fragen, einverstanden.

Herr Neydek weist darauf hin, dass es sich bei dieser Gesamthematik auch um ein bundespolitisches Thema handele, welches schon seit Jahren diskutiert würde. Der Kreis müsse an dem Thema weiter dran bleiben und weiterhin Lärm- und Erschütterungsmessungen einfordern.

In diesem Zusammenhang weist er auch auf die seitens der EU geforderte Aufstellung von Lärmaktionsplänen hin; dabei unterstütze das Umweltministerium die Kommunen durch die Finanzierung von Pilotprojekten. Seines Erachtens sollte eine entsprechende Aufnahme des Mittelrheintals gefordert werden.

Auf Nachfrage von **Herrn Lenz** informiert der **Vorsitzende**, dass aufgrund datenschutzrechtlicher Bestimmungen nicht bekannt sei, in welchen Häusern die Messungen vorgenommen worden seien.

Herr Lammert ist der Auffassung, dass beim Bundesverkehrsminister langsam angekommen sei, dass eine Alternativtrasse benötigt werde. Die Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan 2015 sei unerlässlich, da der Zug für die nächsten 25 Jahre ansonsten sprichwörtlich abgefahren sei.

Der **Vorsitzende** gibt zu bedenken, dass in puncto Erdbeben nicht alles durch die Bahn verursacht werde. Dennoch sei u. a. zu kritisieren, dass beispielsweise bei der Umrüstung der Bremssysteme bislang leider nicht viel passiert sei.

In den letzten Jahrzehnten sei man hinsichtlich der Lärm- und Erschütterungsproblematiken nicht ernst genommen worden. Dies könne und dürfe man sich nicht gefallen lassen. Erst jetzt, nachdem in den letzten Jahren kontinuierlich Druck aufgebaut wurde, käme langsam Bewegung in die Sache.

Sollte der Kreisausschuss einverstanden sein, werde die Verwaltung eine entsprechende Gesamtanfrage mit den heute aufgeworfenen Fragen an den Projektbeirat „Leiseres Mittelrheintal“ richten. Dazu bittet er Herrn Scholl, der Verwaltung seine detaillierten Ausführungen schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Der Kreisausschuss beschließt einstimmig die Verwaltung zu beauftragen, die zuvor diskutierten Fragen an den Projektbeirat „Leiseres Mittelrheintal“ mit der Bitte um Beantwortung weiterzuleiten.

Punkt 4:

Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder;

a) Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 27.03.2013 zur medizinischen Bedarfsplanung im Rhein-Lahn-Kreis

Der **Vorsitzende** erläutert detailliert die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 27.03.2013

zur medizinischen Bedarfsplanung im Rhein-Lahn-Kreis sowie die zugesandte schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Hinsichtlich der geplanten Angliederung des Bereitschaftsdienstes Bad Ems an die Bereitschaftsdienstzentrale (BDZ) Nastätten habe er die Kassenärztliche Vereinigung (KV) gebeten im Blick zu behalten, dass gut funktionierende Strukturen und Einheiten nicht angetastet würden. Am 17.04.2013 finde zu dieser Thematik ein Gespräch zwischen KV und Ärzteschaft statt, so dass man danach ein Stück schlauer sein werde.

Herr Puchtler bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage und die Informationen. Was die Bedarfsplanung angehe, sei das Herunterbrechen auf die vier dargestellten Teilbereiche zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aufgrund der Altersstruktur der Ärzteschaft im Rhein-Lahn-Kreis werde die Thematik aber spätestens in fünf bis sechs Jahren nochmals an Dramatik dazugewinnen. Daher müsste man sich bereits heute die Frage stellen, wie man auf diese vorherzusehenden Veränderungen reagiere. Man wisse schließlich schon heute konkret, welche Auswirkungen entstünden, so dass er auch gerne wissen möchte, welche konkreten Maßnahmen seitens der KV bereits ergriffen worden und in Planung seien. Gleiches gelte auch für die Frage, welche finanziellen Anreize für Hausärzte geschaffen worden seien und welche Möglichkeiten hier in der Zukunft bestünden. Daher bitte er die Verwaltung, dies in einem Gespräch mit der KV zu hinterfragen.

Herr Oster gibt einen kurzen Sachstand hinsichtlich der derzeitigen Situation der Bad Emser Ärzteschaft, die sich klar gegen eine Angliederung an die Bereitschaftsdienstzentrale (BDZ) Nastätten ausgesprochen habe. Daher sei angeregt worden darüber nachzudenken, eine BDZ mit Sitz in Bad Ems zu etablieren, die für die Verbandsgemeinde Bad Ems, den Bereich der Augst und gegebenenfalls die Bereiche Lahnstein und Braubach zuständig sein könnte. Dies wäre für Bad Ems eine erhebliche Verbesserung und auch die Bereiche Braubach/Lahnstein hätten durch die größere Nähe eine zusätzliche Alternative zu Koblenz.

Es folgt eine allgemeine Aussprache.

Frau Becker ist der Auffassung, dass man sich nicht gegenseitig in die Quere kommen dürfe. Da eine BDZ in Bad Ems jedoch eine zusätzliche Wahlmöglichkeit für Braubacher und Lahnsteiner Bürger darstelle, sehe sie hier diesbezüglich keine Gefahr.

Sie spreche sich dafür aus, diese Gesamthematik ganz intensiv im Rahmen des Kreisentwicklungsprogramms (KEK) zu betrachten.

Herr Lammert weist auf den Ärztemangel und die zusätzlichen Belastungen im ländlichen Raum hin und spricht sich ebenfalls für eine detaillierte Betrachtung dieser Thematik im Rahmen des Kreisentwicklungskonzeptes aus.

Er weist außerdem darauf hin, dass in Ostdeutschland oftmals Kommunen Kosten für die Einrichtung von Arztpraxen oder Ärztehäusern übernehmen würden und sich die Ärzte im Gegenzug dafür vertraglich für einen Zeitraum von 10 bis 20 Jahren binden würden. Auch über solche Modelle sollte seines Erachtens intensiv nachgedacht werden.

Herr Scholl und **Herr Hartmann** appellieren an die KV, von sich aus Anreize zu setzen und die Rahmenbedingungen zu verbessern. Die Hausärzte müssten insgesamt besser bezahlt werden.

Herr Puchtler weist darauf hin, dass die KV die ambulante vertragsärztliche Versorgung sicher zu stellen habe. Daher bitte er die Verwaltung nochmals darum, die Beantwortung der heute aufgeworfenen Fragen einzufordern.

Bezugnehmend weist der **Vorsitzende** darauf hin, dass die Verwaltung schon seit Jahren an die KV appelliere, dort aber auf taube Ohren stoße. Seitens der KV bestehe anscheinend kein Interesse, hier tätig zu werden. Dies könnten und dürften sich Kreis und Kommunen seines Erachtens nicht bieten lassen.

Herr Lenz regt an, über eine Gesetzesänderung nachzudenken, um die Aufgaben gegebenenfalls anderweitig lösen und Druck auf die KV ausüben zu können.

Herr Neydek spricht sich dafür aus, die Forderungen aufzustellen und offen zu formulieren.

Der **Vorsitzende** sagt zu, die Vorstellungen und Anforderungen im Rahmen des Kreisentwicklungskonzeptes zu erörtern und danach im Kreisausschuss erneut über diese Thematik zu beraten. Abschließend stellt er den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis und beauftragen die Verwaltung einstimmig, mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) in Kontakt zu treten, um die konkrete Beantwortung der folgenden Fragen einzufordern:

- Welche Maßnahmen zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung werden derzeit im Rhein-Lahn-Kreis konkret umgesetzt?
- Welche Beiträge können die Kommunen vor Ort leisten?
- Wie sehen Anreize für den ländlichen Bereich aus, um die Rahmenbedingungen zu verbessern?

b) Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 05.04.2013 zur Verlagerung der Zuständigkeit des Rhein-Lahn-Kreises für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten

Der **Vorsitzende** erläutert und beantwortet die Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 05.04.2013 zur Verlagerung der Zuständigkeit des Rhein-Lahn-Kreises für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten.

Einleitend informiert er, dass der Kreis seit dem Jahr 2008 einen jährlichen Nettoertrag in Höhe von durchschnittlich rd. 300 T€ habe verzeichnen können. Seitens des Landes Rheinland-Pfalz erfolge wegen des Wegfalls der Zuständigkeit der Landkreise ab dem Jahr des Aufgabenübergangs nun ein finanzieller Ausgleich an die Kreise. Mit dem Beginn der Ausgleichszahlungen werde ab dem Jahr 2013 gerechnet, entsprechende Ansätze seien im Haushaltsplan des Kreises für 2013 enthalten. Die Höhe der Ausgleichszahlungen werde ab dem Jahr 2014 im Lan-

desfinanzausgleichsgesetz (LFAG) geregelt. Für das Jahr 2013 solle der Betrag im Wege einer Vereinbarung festgelegt werden.

Hinsichtlich der Höhe der Ausgleichszahlungen könne nach dem derzeitigen Stand der Beratungen festgehalten werden, dass für alle Landkreise 15 Mio. € als Jahresleistung 2013 zur Verfügung stünden, die allerdings noch um die in diesem Jahr noch erzielten Erträge vermindert würden. Für den Rhein-Lahn-Kreis sei nach derzeitigen Berechnungen des Innenministeriums ein Maximalbetrag – also Ausgleichszahlung zuzüglich eigener Ertrag – in Höhe von rd. 440.000,- € vorgesehen.

Für die Jahre 2014 bis 2016 sei im LFAG eine Übergangsregelung vorgesehen, die – auf der Einwohnerzahl zum 30.06.2012 basierend – gemäß vorläufiger Berechnung des ISIM folgende Zahlungen an den Rhein-Lahn-Kreis vorsehe:

2014: 492.517,- € 2015: 545.535,- € 2016: 598.552,- €

In der Folge werde ab dem Jahr 2017 im Rahmen der Berechnung der Schlüsselzuweisung B1 ein Betrag in Höhe von 5,- € je Einwohner erstattet. Dies habe mittelfristig zur Folge, dass aufgrund der derzeitigen Bevölkerungsentwicklung im Rhein-Lahn-Kreis die Ausgleichsleistung dann jährlich zurückgehe.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Beantwortung der Anfrage und die Informationen zur Kenntnis.

Punkt 5:

Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes;

a) Beratung über die Einführung des Katastrophenwarnsystems KATWARN

Der **Vorsitzende** informiert hinsichtlich der Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion vom 14. März 2013 zur Beratung über die Einführung des Katastrophenwarnsystems KATWARN als ergänzende Katastrophenwarnung für Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Lahn-Kreis, dass dieses Warnsystem Anfang Juni in der Integrierten Leitstelle vorgestellt werde. Aufgrund dessen habe er mit Herrn Scholl vereinbart, erst im Anschluss an diesen Termin in der Kreisausschusssitzung am 01.07.2013 hierüber zu beraten.

b) Schulentwicklung im Rhein-Lahn-Kreis

Der **Vorsitzende** informiert kurz, dass heute vorab per E-Mail die Schulorganisationsverfügung der Schulaufsicht der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) hinsichtlich der Aufhebung der Haupt- und Realschule in Nassau eingegangen sei. Dieses Schreiben vom 12.04.2013 sei u. a. auch an die betroffenen Schulen und die Verbandsgemeindeverwaltungen gegangen.

c) Ausbau K 23 Charlottenberg

Unter Bezugnahme auf die aktuelle Presseberichterstattung informiert der **Vorsitzende**, dass der LBM die vorbereitenden Arbeiten für den Ausbau der K 23 bei Charlottenberg bereits begonnen hätte, so dass die Verwaltung derzeit noch davon ausgehen könne, dass die Maßnahme im Jahr 2014 umgesetzt werde.

d) Kommunale Wasserversorgung

Unter Bezugnahme auf die Kreistagssitzung am 18.03.2013 informiert der **Vorsitzende** über einen Artikel zur Thematik der in der Diskussion stehenden Privatisierung der allgemeinen Wasserversorgung und sagt zu, diesen der Niederschrift beizufügen (**Anlage**).

e) Nicolaus-August-Otto-Schule (BBS) Diez

Der **Vorsitzende** informiert, dass die Nicolaus-August-Otto-Schule (BBS) Diez eine von vier „Modellschulen“ im nördlichen Rheinland-Pfalz zur Weiterentwicklung der Berufsfachschule I geworden sei. Eines der angestrebten Ziele sei dabei eine stärkere Verzahnung der Schule mit den Arbeitsmarktbedürfnissen der örtlichen Wirtschaft.

Er schlägt vor, dass der Schulleiter, Herr Walter Ellermeyer, das Projekt in einer der nächsten Kreisausschusssitzungen vorstelle.

f) Masterplan Welterbe Oberes Mittelrheintal

Der **Vorsitzende** informiert kurz über die Präsentation des fertiggestellten Masterplans Welterbe Oberes Mittelrheintal und verweist auf die allen Kreisausschussmitgliedern zugeleiteten Exemplare. Sollte darüber hinaus noch Mehrbedarf bestehen, bittet er um kurze Mitteilung an Herrn Minor.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf ergibt, schließt der **Vorsitzende** die öffentliche Sitzung des Kreisausschusses um 09.55 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

[...]

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 47. Sitzung des Kreisausschusses in der 9. Wahlperiode um 10.25 Uhr.

Der Vorsitzende:

gez.

(Günter Kern)

Landrat

Der Schriftführer:

gez.

(Manuel Minor)